

3. September 2001

Onodi für Beibehaltung der Pflichtversicherung Nicht von finanzieller Leistungsfähigkeit abhängig machen

Niederösterreichs Gesundheitsreferentin, Landeshauptmannstellvertreterin Heidemaria Onodi, begrüßte heute, Montag, das Ergebnis des Expertenberichtes der Bundesregierung, der zum Ergebnis kommt, dass das derzeitige System der Pflichtversicherung beibehalten werden soll. „Der Umstieg auf eine Versicherungspflicht hätte das Ende des solidarischen Ausgleichs im Gesundheitswesen ebenso zur Folge wie das Ende eines gleichberechtigten Zugangs für alle Bevölkerungsschichten zu spitzenmedizinischen Leistungen unabhängig von der finanziellen Leistungsfähigkeit. Dagegen ist die Pflichtversicherung die finanzpolitische Grundlage unseres Gesundheitssystems und stellt vor allem einen solidarischen Ausgleich sicher“, sagte Onodi.

Es sei eine Tatsache, dass die Einführung der Versicherungspflicht rein von den finanztechnischen Grundlagen und von der stärkeren Konkurrenzierung der Versicherungsträger mit der Einführung eines ausgeprägten Selbstbehalte-Systems einhergehen würde. Dies wäre falsch und würde die große Mehrheit der Bevölkerung belasten, meinte Onodi. Das über Jahrzehnte in Österreich aufgebaute Gesundheitssystem sei nur deshalb Weltspitze, weil es auf eine solidarische Leistung aufbaut und jeder Versicherte gemäß seinem Einkommen seinen Beitrag leiste. „Bei allen notwendigen Änderungen oder Neustrukturierungen muss auch in Zukunft der uneingeschränkte und gleichberechtigte Zugang aller Österreicherinnen und Österreicher zu allen medizinischen Leistungen gesichert sein“, formulierte Onodi abschließend.

Zu diesem Artikel gibt es eine unterstützende Audiodatei. Diese ist zum Download nicht mehr verfügbar. Bitte wenden Sie sich an: presse@noel.gv.at